

Pressemitteilung: Stuttgart, den 03.07.2024

Wolfsgruß bei Torjubel, österreichische Fans singen rechtsextreme Parolen - LAKA besorgt über offen zur Schau gestellten rechtsextreme Slogans und Symboliken bei EM 2024

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) äußert tiefe Besorgnis über die Ereignisse beim EM2024-Fußballspiel Türkei gegen Österreich am 2. Juli 2024. Merih Demiral, Spieler der türkischen Nationalmannschaft, zeigte bei seinem zweiten Treffer den Wolfsgruß. Der Wolfsgruß ist das Erkennungssymbol der „Bozkurtlar“ – dt. „Graue Wölfe“. Diese Bewegung stammt aus der Türkei und ist als rechtsextremistisch und ultranationalistisch einzustufen. Die Grauen Wölfe sind in Deutschland stark vertreten und werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Im Vorfeld des Spiels sind aber auch die österreichischen Fans mit rechtsextremen Gesängen aufgefallen.

Der Vorsitzende des LAKA Daniel Setzler: „Wir warnen davor diese Symboliken zu verharmlosen und somit die Gefahr, die von türkischen Rechtsextremisten ausgeht, nicht anzuerkennen. Türkischer Rechtsextremismus stellt sowohl in der Türkei als auch in Deutschland eine ernstzunehmende Bedrohung, nicht nur für Minderheiten, dar. Diese Situation darf nicht als bloße Äußerung von „Freude“ oder „Patriotismus“ heruntergespielt werden.“

Zu sehen waren aber auch österreichische Fans, die negativ aufgefallen sind mit den Rufen „Ausländer raus“ zur Melodie von "L'amour toujours", die an den Vorfall in Sylt erinnern. Auch ein Banner mit der Aufschrift „Defend Europe“ konnte man bei den österreichischen Fans öfter sehen. Hinter diesem Slogan versammeln sich oft Rechtsextreme in Europa. Diese und weitere rechtsextreme Äußerungen anderer Fangruppen bei der EM 2024 zeigen deutlich, dass rechtsextreme Slogans und Symboliken in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und dass es einer dringenden gesamtgesellschaftlichen, aber vor allem auch einer politischen Haltung dagegen bedarf. Eine Verharmlosung ist hier nicht zielführend.

Der LAKA kann nicht nachvollziehen, warum der Staat mit seinen verschiedenen Institutionen nicht konsequenter in diesem Themenfeld agiert. Eine entschlosseneren Haltung des Bundesverfassungsschutzes bei der Beurteilung der Gefahrenlage wäre wünschenswert. Auch im Bildungssystem fehlt das Thema „Ungleichwertigkeitsideologien in der Migrationsgesellschaft“ gänzlich. Dies zeigt sich oft daran, dass Lehrkräfte überfordert sind, wenn Schülerinnen und Schüler diesen Rechtsextremismus reproduzieren und sie das nicht einordnen können. Daher empfiehlt der LAKA dringend, diese Thematiken in den Lehrplan aufzunehmen und offen zu thematisieren.

Leider nur als Modellprojekt vom Bund und der Stadt Stuttgart bis zum Jahresende finanziert, arbeitet der LAKA bereits mit seinem Projekt „Hadi, wir müssen reden!“ präventiv-pädagogisch daran, das Thema *Rechtsextremismus und Ultranationalismus in der Migrationsgesellschaft* zu beleuchten. „Jugendliche und Erwachsene haben in Workshops an baden-württembergischen Schulen, Jugendhäusern und weiteren Einrichtungen die Möglichkeit, mehr über dieses Themenfeld zu erfahren und zu diskutieren“, sagt Erol Ünal, der Projektkoordinator des Projekts. Auch Menschen, die in verschiedenen Institutionen tätig sind, werden in Basisvorträgen aufgeklärt. Erol Ünal ergänzt: „Angesichts der Bedeutung des Themas Rechts- und Ultranationalismus in der Migrationsgesellschaft

ist eine Anschlussförderung über das Land nicht nur wünschenswert, sondern notwendig!“.

Kritik ist auch dahingehend zu äußern, dass dieses Thema häufig nur in Ausnahmesituationen berücksichtigt wird, obwohl verschiedene Institutionen, unter anderem der LAKA, immer wieder auf diese Problematik aufmerksam machen. Wenn ein ernsthaftes Interesse besteht, dieses Problem zu lösen, muss ein langfristiger Ansatz verfolgt werden.

Hintergrundinformationen: Der Landesverband der kommunalen Migrantvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) ist als Zusammenschluss der kommunalen Migrantvertretungen das Vertretungsorgan der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationsgeschichte und arbeitet parteiübergreifend, überethnisch und überkonfessionell. Er ist legitimierter Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10), des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA Baden-Württemberg sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs, die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.